

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Anserate: Kleine Petitzelle 20 Pf.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 19.

Mittwoch, den 23. Januar 1918.

75. Jahrgang.

Hasche Worte.

Lord George scheint sich in etwas wehleidiger Stimmung befinden zu haben, als er Ende der vorigen Woche eine Art Frage- und Antwortspiel mit den britischen Arbeitersführern veranstaltete, um deren immer unwilliger werdenden Gefolgschaft die Notwendigkeit weitgehender neuer Kriegsopfer schmerzlos beizubringen. Ausdehnung der Dienstpflicht bis zum 65. Lebensjahr, steigende Eingriffe in das freie Wirtschaftsleben, Rationierung der wichtigsten Nahrungsmittei bei annehmbarer Knappheit der Vorräte und unheimlichem Auschwellen der Preise — das sind allerdings harte Summungen in Hülle und Fülle. Also muß man wenigstens zeigen, daß man trotzdem ein ungänglicher Mensch geblieben ist und mit billigen Redensarten nicht zu sparen gedenkt. So ließ der Ministerpräsident sich von den Gewerkschaftsführern in ein regelrechtes Verhör nehmen: über Gott und die Welt, über Krieg und Frieden, über Schuld und Sühne, und entließ schließlich seine geduldigen Buhder mit dem stromenden Wunsche, daß sie nun der frisch gewonnenen Weisheit voll hinausziehen möchten in ihre Kreise, und daß es ihnen wohlgehen möge für und für. Nein Zweifel, er ist ein göttlicher, ein wahrhaft guter Mensch, dieser Mr. Lloyd George!

Aber sehen wir uns einige seiner Trostwörter etwas näher an. Wie steht's mit Elsaß-Lothringen, hoher Herr? wurde er gefragt. Er hatte das letzte Mal etwas von "Wiedererwähnung" gemurmelt, und die Arbeiter waren der Meinung, daß man sich auf dieses allerniedrige Schlagwort keinen rechten Vers machen könnte. Aber ich bitte Euch, lautete die Antwort, ich habe mich doch "ganz deutlich" ausgedrückt. Wir wollen doch den Franzosen beistecken, nicht wahr? Nun überlegt nur, Ihnen handelt es sich hierbei nicht etwa um eine Gebietfrage, Gott bewahre; über 40 Jahre lang mußte das arme Volk sich mit dieser offenen Wunde herumschlängeln und es ist fest davon überzeugt, daß es seinen Frieden mit Frankreich gibt, bis diese Frage ein für allemal geregelt ist, es sei denn, daß man eine ganze Reihe von Kriegen über Europa herauftreiben will. Also muß das französische Volk selbst entscheiden, was in dieser Beziehung zu geschehen hat, und wir haben ihm beizutreten. Ist das nun "ganz deutlich" oder nicht vielmehr ein ziemlich ungewisses Halbdunkel, indem man die wahre Meinung des Premierministers kaum erkennen kann? Soll also Elsaß-Lothringen an Österreich zurückgegeben werden, mit oder ohne Volksabstimmung? Soll, wenn es nicht zurückgegeben wird, sondern zurückgeholt werden muss, der Krieg so lange fortgezogen werden, bis England die militärische Dienstpflicht bis zum 70. Lebensjahr ausdehnen muß? Soll auf diesem Kriegsspiel auch dann unbedingt bestanden werden, wenn es klar wird wie die Sonne, daß das deutsche Volk sich nie und nimmer bei dieser Waffenentscheidung berühren, daß also Europa dann ganz gewiß in eine Reihe von Kriegen verwickelt würde, während doch jetzt alle Welt das Ideal auf des ewigen Friedens verwirksame möchte? So viele Fragen, so wenige Antworten — Lloyd George erzählte den Arbeitersführern nur noch, was ihm einmal eine Witschau gesagt hat, als er in grauer Vergangenheit eines Abends die Bogenen überbrückt, und versicherte, es bestehne kein Zweifel, daß die absolute Mehrheit "der wirklichen Bevölkerung" des Landes die Rücksicht unter die französische Flotte wünsche. Damit war für ihn und für seine Hörer die Frage erledigt. Ach ja, auf dem Papier und im vertrauten Kämmerlein läßt sich leicht "wiedererwähnen" und sogar erobern, aber in der rauen Welt der Tatsachen sehen die Dinge denn doch ganz anders aus. Lloyd George weiß wohl, warum er die volle Würde der Verantwortung hier auf die französischen Schultern schiebt, und warum es klug ist, sich um die volle Klarheit mit halben Worten herumzudrücken.

Oder: die Freiheit der Meere, was sollen wir uns darunter eigentlich vorstellen, fragten seine Jünger. Da, erwiderte der Meister, ich möchte auch gern wissen, was dieses Wort bedeuten soll. Haben wir uns darunter die Befreiung von U-Booten zu denken oder die Aushungerung dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit der größten Sorgfalt untersuchen, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien über See zu beschützen, beeinträchtigen könnte. Die Freiheit der Meere ist ein sehr elastischer Begriff: unter Umständen könnten wir ihn sehr gern annehmen, aber jeder Versuch einer Störung unseres Küstenverkehrs und unserer Schifffahrt, die allein uns bis jetzt ermöglicht hat zu existieren, müßte natürlich sorgfältig verhütet werden. Ist das nun auch "ganz deutlich" ausgedrückt? Höchstens insofern, als auch hier wieder der altbekannte Grundstab hervorleuchtet: was England wohlbekommt, ist gut und edel, andernfalls muß es bekämpft und jedermann, der sich zu ihm bekennet, als ein verworrenes Subjekt der allgemeinen Verachtung preisgegeben werden. Wenn wir also mit der Freiheit der Meere eine weitere Sicherung unserer maritimen Existenzbedingungen erreichen können, gleichviel ob darüber andere Nationen zugrunde gehen, dann sind wir Engländer natürlich für sie zu haben — sonst nicht! So meint es Lord George, er sagt es nur nicht so. Die Arbeiter könnten an der Unzialität dieses Standpunktes doch einige Anstoß nehmen, also ist es besser, sich auch in dieser Frage etwas diplomatisches auszubütteln. Wenn sie nur der Regierung des Krieges weiter Gefolgschaft leisten; das ist das Hauptziel, auf das allein es ankommt.

Wir aber denken an das altertümliche Sprichwort, daß halbe Worte so viel wert sind wie eine ganze Lüge. Und wir wissen, woran wir in Wahrheit sind mit Herrn Lloyd George und seinem scheinheiligen Frage- und Antwortspiel.

Neue Verhandlungen in Brest-Litowst.

Amtliches über die Einigung mit der Ukraine.

Brest-Litowst, 22. Januar.

Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre Verhandlungen mit den russischen Vertretern gestern fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionssitzungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits ihre Arbeiten aufgenommen hat.

Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Begegnungen der deutsch-russischen Delegationskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen behandelt und formuliert: die Vereidigung des Kriegsstandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge.

Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Die Verhandlungen mit der Ukraine.

Das l. und l. Teleg.-Korresp.-Bureau gibt jetzt den Wortlaut der zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits und der Ukraine andererseits getroffenen Vereinbarung, deren gleichzeitige Veröffentlichung beschlossen wurde:

Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der Mittelmächte einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeigt, daß die begründete Hoffnung besteht, über die Grundlagen eines abschließenden Friedensvertrages Einigung zu erzielen. Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkt angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, diesen Stellen verbindlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten, und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen. Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Auslösung der Verhandlungen so kurz als möglich befreit sein soll. Sie haben sich daher zugesagt, sofort nach Abschluß ihrer Verhandlung in der Heimat wieder in Brest-Litowst zusammenzutreten.

Konflikt zwischen Trotski und der Ukraine.

Nach einer Verlautung aus Brest-Litowst ist es zu einem Konflikt zwischen der russischen und ukrainischen Delegation gekommen, weil letztere unabhängig von den russischen Kameraden verhandelt und sie nicht vom Verlaufe der Verhandlungen in Kenntnis setzte. Infolgedessen erklärten die Russen, daß die ukrainische Delegation nicht mehr die Republik Ukraine vertrete, und sie wandten sich an den neuen Exekutivausschuß in Charkow.

Der Exekutivausschuß in Charkow entludte drei Mitglieder nach Brest-Litowst, die von der russischen Delegation als Vertretung der Ukraine anerkannt und als Mitglieder der russischen Delegation aufgenommen wurden. In einem Schreiben an die Delegationen der Mittelmächte macht Rosse von der Entsendung und der Aufnahme dieser neuen Mitglieder Mitteilung. In dieser Erklärung wird gesagt, daß das ukrainische Volk der Arbeiter, Soldaten und Bauern die Centralrada in Kiew nicht als seine Vertretung anerkennen könne und die Zustimmung zu getroffenen Vereinbarungen ablehne. Die Mittelmächte haben sich in ihrer Antwort darauf beschränkt, von dieser Mitteilung Notiz zu nehmen.

Auch Lenin nach Brest-Litowst?

Russische Grenze, 22. Jan. Die "Pravda" meldet, der Exekutivausschuß der Sowjet verlange, daß Lenin selbst nach Brest-Litowst gehe und an den Verhandlungen teilnehme.

Eine bulgarische Regierungsklärung über Brest-Litowst.

Sofia, 22. Jan. Das Organ des bulgarischen Hauptquartiers und des Kriegsministeriums "Bojni Sjovesta" bezeichnet die Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowst als einen ungeheuren Erfolg für den ganzen Frieden. Dieser neue Erfolg base sich auf den aufrichtigen Absichten des Verbundes auf, der alles tun wolle, um die gegenseitigen Bunde mit Russland gesunden zu lassen.

Freude in Sofia.

Sofia, 22. Jan. Allgemeine Freude bereitete hier das erste direkte Telegramm aus Petersburg, das über die Ankunft einer bulgarischen Abordnung mit Schapsachow, dem früheren bulgarischen Gesandten in Belgrad an der Spize, berichtet. Man nimmt die Tatsache der Anwesenheit einer offiziellen bulgarischen Abordnung in Petersburg als ein gutes Zeichen für den günstigen Ausgang der Dinge mit Russland.

Schweden zur Alandsfrage.

Stockholm, 22. Jan. Schwedische Blätter nennen Staatssekretär v. Kühlmanns Initiative in der Alandsfrage einen überaus glücklichen diplomatischen Zug. Der Staatssekretär habe recht, wenn er annimmt, daß der Bund des schwedischen Volkes dahin gebe, durch friedliche Verhandlungen mit den Überstaaten der Ostsee baldmöglichst eine Lösung der für Schweden so wichtigen Fragen zu erzielen. Das schwedische Volk werde mit großer allgemeiner Bevölkerung die Aussicht begrüßen, bei den Verhandlungen über die Alandsfrage in Brest-Litowst vertreten zu sein.

Ein russischer Nationalkonvent.

Der drohende Bürgerkrieg.

Nachdem die Gelehrte Versammlung aufgelöst ist, fehlt es nicht an Versuchen der gemäßigten Elemente, eine neue Versammlung zu stände zu bringen, um dem Willen der Volksmehrheit Ausdruck zu geben. Die Maximalisten wissen aber jeden solchen Versuch zu verhindern.

Lenin erklärte, es würde der Versammlung gebenden Versammlung nicht gestattet werden, noch einmal zusammen zu treten. Zu ihrer erneuten Versammlung bedürfe es eines Beschlusses des nächsten Kongresses aller russischen Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte. Die Konstituante werde durch den Nationalkonvent ersetzt, den der bevorstehende Kongress der Sowjets wählen werde.

Die Gegner Lenins und Trotskis werden sich dabei nicht beschließen. In verschiedenen Stadtteilen Petersburg kam es zu blutigen Zusammenstößen, bei denen rund 800 Personen getötet oder verwundet wurden, darunter auch ein Abgeordneter. Es wird immer klarer, daß ein Bürgerkrieg zwischen den Maximalisten und den gemäßigten Elementen unvermeidlich ist.

Ein denkwürdiges Schriftstück.

Der Erlass, der die Auflösung der Konstituante verfügt, ist eines der seltsamsten Schriftstücke, die seit der Oktober-Revolution erschienen sind. Es heißt darin u. a., daß nur die Massenorganisation der ausgebauten Klassen fähig ist, den Kampf für die politische und wirtschaftliche Freiheit zu führen. Es heißt dann weiter: Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution haben sich die Sowjets vermehrt, sind gewachsen und erstaunt, indem sie aus eigener Erfahrung die Illusion des Einverständnisses mit der Bourgeoisie, die Falschheit der Formen des bürgerlichen, demokratischen Parlamentarismus erlebt und praktisch zu dem Schluß kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen ohne Bruch mit diesen Formen und jedem Einverständnis unmöglich ist. Jede Absage vor der Vollständigkeit der Macht der Sowjets, vor der durch das Volk erworbenen Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus der Verfassunggebenden Versammlung würde jetzt ein Schritt zurück und der Bruch der ganzen Oktober-Revolution der Arbeiter und Bauern sein. Die Partei der Mehrheit der Verfassunggebenden Versammlung, die rechten Sozialrevolutionäre und Maximalisten führen einen offenen Kampf gegen die Sowjetmacht. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der Verfassunggebenden Versammlung auf Grund dessen nur eine Rolle des Verdeckens des Kampfes der bürgerlichen Gegenrevolution zur Stützung der Macht der Sowjets spielen kann. Deshalb verfügt das Zentralkomitee des Verfassunggebenden Versammlung aufzulösen.

Beschlagnahme des rumänischen Kronschahes.

Der Rat der Volksbeauftragten hat die Beschlagnahme des bei den Moskauer Bauern hinterlegten Teils des rumänischen Kronschahes angeordnet. Außerdem wurden in Rischinew die rumänischen Kronjuwelen, die seinerzeit von Jossi dorblin gekauft worden waren, beschlagnahmt. Die Königin von Rumänien, die sich vorübergehend in Rischinew aufhielt, ist nach Jossi geflüchtet.

Strassenkämpfe in Petersburg.

Schweizer Seeze, 22. Jan. "Corriere della Sera" meldet aus Petersburg, daß die Straßenkämpfe in der Hauptstadt ihren Höhepunkt am 18. Januar erreichten. In der Stadt wurden Befestigungen errichtet und maximalistische Truppen und Matrosen kämpften in verschiedenen Stadtvierteln gegen bewaffnete Bürgerliche. Bei den Kämpfen am Sonnabend durch den Zusammenstoß zwischen der Roten Garde und den Manifestanten wurden 15 Personen getötet und 94 verletzt.

Die Wehrpflicht abgeschafft.

Basel, 22. Jan. Die "Basler Nachrichten" melden aus Petersburg: Durch Beschluß des obersten Marinekollegiums wurde die allgemeine Wehrpflicht bei der russischen Flotte abgeschafft. Eine ähnliche Verfügung steht für die übrigen Wehrpflichten bevor.

Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte.

Russische Grenze, 22. Jan. An dem in Petersburg stattfindenden Generalkongress der Arbeiter- und Soldatenräte nehmen über 2000 Delegierte teil. Der Kongress erklärt sich für die einzige rechtmäßige Volksvertretung. Lenin und Trotski haben programmatische Reden angekündigt. Lenin wird die Auflösung der Konstituante rechtfertigen, während Trotski über die internationalen Beziehungen Russlands und über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowst berichten.

Kornilow warnt auf seine Stunde.

Genua, 22. Jan. Davas berichtet aus Petersburg: General Kornilow erklärte einem Vertreter des "Uro Rost": Der Augenblick zum Handeln sei noch nicht gekommen, er vermeide jedoch noch nicht und sehe seine Tätigkeit fort. Kornilow befindet sich in einer einsamen Gegend im Südwesten Russlands und hat nur 10 Getreue um sich.

Der Krieg.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Berlin, 22. Jan. (Amtlich) Unsere U-Boote waren kürzlich mit besonders gutem Erfolg gegen den Transportverkehr nach Italien und dem Orient tätig. Sieben Dampfer und 2 Segler mit rund 27 000

Dr. Neg. Ton. sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesem Erfolge hat Kapitänleutnant Beder (Franz). — Alle Dampfer, bis auf einen, waren bewaffnet und fuhren in nicht stark gesicherten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgestellt werden die englischen Dampfer „Egyptian Transport“, „Steelville“, „Allenton“ und „Arale“, deren Versenkung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen 24 000 Tonnen Kohlen verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer, der sehr starke Detonation nach zu urteilen, Munition geladen; ein anderer anscheinend mit Reis tief beladener Dampfer wurde im Artilleriegefecht zäh verfolgt, auf die Klippen vor der Küste der Charente gesetzt und dort trog. Eingreifens einer Landbatterie vernichtet. Die beiden Segler mit dem Namen „Giuseppe“ und „San Antonie“ waren italienischer Nationalität. Von ihnen hatte ersterer Holzladung.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Naum ein Tag vergeht, ohne daß Versenkungen aus Geleitzügen, auch aus stark gesicherten, gemeldet werden können. Man nimmt sogar wahr, daß aus ein und demselben Geleitzug mehrere Dampfer herausgeschossen werden, während früher meist nur ein Schiff des Zuges dem Angriff zum Opfer fiel. Diese Steigerung unseres Erfolges zeigt, daß auch das Geleitzugsystem nicht das von unseren Feinden ersehnte, unbedingt zuverlässige U-Bootabwehrmittel bietet. Auch wenn wir kein einziges Schiff verloren hätten, schreibt „Journal of Commerce“ vom 27. 12. 17., bedeuten die Geleitzüge eine Vergeudung von Frachtraum, denn ehe sich ein zuweilen bis aus 20 und mehr Schiffen bestehendes Handelsgeschwader am gemeinsamen Treppunkt versammelt und seine Reise zurücklegt, vertritt viel ungenügte Zeit. Die Geschwindigkeit des langsamsten Schiffes ist maßgebend für den ganzen Zug. Im Hafen entstehen neue Verzögerungen durch Warten auf diejenigen Transporte, die mangels entsprechender Einrichtungen nicht sofort gelöscht werden können. Der französische Verpflegungsminister Boret schätzte im Senat am 18. Dezember die Verminderung der Transportmöglichkeit durch die Geleitzüge auf 20 % und in der „Times“ vom 28. Dezember schreibt G. Allon, Vorsitzender der Akademie-Positampfsschiffahrtsgesellschaft, daß die Notwendigkeit, in Geleitzügen zu fahren, die auf eine Reise zu verwendende Zeitspanne verdoppelt.

In einem Artikel über die Tätigkeit der deutschen Unterseeboote hebt das Pariser Blatt „Petit Journal“ die wachsende Vervollkommenung der deutschen Unterseeboote hervor, die zur Zeit bis nach New York operieren könnten. Das Blatt befürchtet ein neuerliches Zunehmen der Versenkungen.

Ein Seetreffen vor den Dardanellen.

„Midilli“ gesunken.

Sultan Javus Selim* auf Strand gesetzt.

Berlin, 22. Jan. (Amtlich.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Javus Selim“ (früher „Göben“), der kleine Kreuzer „Midilli“ (früher „Breslau“) und Torpedoboote aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt wurden. Ein großer und ein kleinerer englischer Monitor wurden vernichtet, ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Hulks schwer beschädigt und die englische Signalsation an der Stephano-Bucht zerstört. Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli“ von mehreren Unterwassertrefern von Minen und Unterseebooten gesunken. Der Kreuzer „Sultan Javus Selim“ sah beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist fest, wie die englische amtliche Meldung behauptet, durch schwere Beschädigungen auf Strand gesetzt.

Neuter meldet aus London offiziell: Die britische Admiraltät berichtet folgende Einzelheiten im Anschluß an das Segefecht vom 20. Jan.: Die „Göben“ und die „Breslau“ erschienen am frühen Morgen des 20. Januar an den Dardanellen und griffen die britische Streitkräfte nördlich von Imbros mit dem Erfolg an, daß die „Raglan“ und „B. M. 28“ schwer von Geschützen getroffen und zerstört wurden. Die feindlichen Schiffe stießen daraufhin bis südlich von Imbros vor, wo die „Breslau“ gezwungen wurde, in eines der englischen Minenfelder einzufahren. Sie stieß auf eine Mine und sank. Die „Göben“ verließ das Schiff und lehrte mit Volldampf nach den Dardanellen zurück. Türkische Torpedojäger, die der „Breslau“ zu Hilfe kamen, wurden von britischen Torpedojägern in ein Gefecht verwickelt und vertrieben. Als die „Göben“ sich dem Eingang der Dardanellen näherte, stieß sie ebenfalls auf eine Mine, wodurch ihre Fahrtgeschwindigkeit vermindert wurde. Die „Göben“ machte etwa 15 Grad Schlagsseite und brachte sich selbst zum Strand westlich von Nagara, wo sie nun von britischen Fliegern fortwährend bombardiert wurde. Die Engländer retteten 172 Mann von der „Breslau“; sie wurden gefangen genommen. Die Namen der Überlebenden der „Raglan“ und der „B. M. 28“ sind noch nicht bekannt. Bisher wurden 132 Überlebende gemeldet. Die Gesamtzahl beträgt ungefähr 310.

Alte Kriegspost.

Haag, 22. Jan. Die amerikanische Regierung hat für 10 Millionen Maschinengewehre und Patronen, die von Holland geliefert waren, beklaghaftet.

London, 22. Jan. Amtlich wird gemeldet, daß Carson als Mitglied des Kriegskabinetts zurückgetreten ist.

Vom Tage.

Einführung d. Zivildienstpflicht in der Schweiz.

Um die nötigen Arbeitskräfte für die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion und für die Ausführung von Bodenverbesserungen zu gewinnen, beschloß der Bundesrat die Zivildienstpflicht in der Schweiz einzuführen.

Die notwendige Verlängerung der Wehrpflicht in England und Frankreich.

Der „Matin“ schreibt: In französischen Parlamentskreisen erblieb man in Lloyd Georges Hilferuf nach Verlängerung der englischen Wehrpflicht bis zum 55. Jahre nur den Vorläufer einer gleichen Maßnahme für Frankreich. Darauf liegen auch bestimmte Neuerungen Clemenceaus im Heeresauschuss der Kammer am letzten Mittwoch schließen, die von einer restlosen Anspannung der verfügbaren französischen Mannschaftsbestände handeln.

Die holländischen Schiffe in Amerik.

Neuter meldet aus Washington: Im Repräsentantenhaus wird mitgeteilt, daß bezüglich der 80 niederländischen Schiffe, die in amerikanischen Häfen liegen, eine Regelung mit der niederländischen Regierung getroffen wurde. Es wurde zunächst ein vorläufiges Abkommen mit London geschlossen, daß die Schiffe nicht gezwungen werden, in der Kriegszone zu fahren. (Der niederländische Schiffsräum, der sich in den Händen der Amerikaner befindet, beträgt etwa 3-400 000 Tonnen.)

Rumäniens Antwort.

Petersburg (Indirekt), 22. Jan. Der rumänische Geschäftsführer in Petersburg überreichte dem Kommissariat des Auswärtigen eine Note seiner Regierung, die sich gegen das russische Ultimatum an Rumänien wendet. In der Note wird ausgeführt, daß die in Betracht kommenden verhafteten österreichisch-ungarischen Offiziere von den rumänischen Militärbürokraten wieder freigelassen werden sollen. Die Angaben des Polizeivilli-Ultimatums stützen sich anscheinend auf übertriebene Berichte.

Carsons „partielle“ Rücktritt.

Haag, 22. Jan. Carson, der aus dem englischen Kriegskabinett ausgeschieden ist, bleibt Minister für Irland. Sein Rücktritt ist auf die ungünstigen Aussichten der irischen Konvention zurückzuführen.

Deutschfreundliche Stimmung in Japan.

Amsterdam, 22. Jan. Der japanische Generalleutnant Kanaka, der als die rechte Hand des japanischen Kriegsministers gilt, sprach in einer vielbemerkten Rede seine Bewunderung für die deutsche Organisation und die Vaterlandsliebe des deutschen Volkes aus. So sei die Pflicht der Japaner, bald nach dem Friedensschluß den mächtigen Germanen die Hand wahrer Freundschaft entgegenzustrecken. Einen Boden für eine antideutsche Orientierung werde es in Japan nicht geben.

Kein Getreide aus Australien.

Amsterdam, 22. Jan. „Daily Mail“ erfährt aus Sydney, daß die gegenwärtige australische Getreideernte im nächsten Jahre nicht über See verbracht werden könne. Die letzte Ernte wird auf insgesamt 120 Millionen Bushels geschätzt, wovon 40 Millionen für den Verbrauch in Australien notwendig sind.

Englands Verbrechen an Rumänien.

W. D. A. Beldiman, der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin, hält in der Kölnischen Zeitung eine bittere Abrechnung mit England, daß er für die Katastrophe verantwortlich macht, die über sein Vaterland hereingebrochen sei. Mit falschen Versprechungen habe England Rumänien ins Unglück gestürzt und ziehe heute seine Hand mitleidlos zurück. Mit scharfen Worten geißelt Beldiman das Programm der illusorischen Wiederherstellung, wie es Lloyd George für Rumänien entwickelt und rast aus: „Dafür mußte Rumänien in eine Katastrophe ohnegleichen gefügt werden. Dafür mußte Großbritannien an der rumänischen Petroleumindustrie die größte Brundstiftung dieses Weltkrieges vornehmen und unermeßliche Werte unseres Nationalreichtums zerstören.“

Beldiman erblieb nur in völliger Abfahrt von der Politik der letzten Jahre noch eine Rettung für Rumänien und sagt: Nur die entschiedene, zielbewußte Rücksicht auf Politik unserer Väter, nur der aufrichtige Anschluß an die Mittelmächte kann uns das Heil und die Zukunft unseres Vaterlandes verbürgen.“

Der leere Magen des Engländer.

W. Zum erstenmal hieß das englische Unterhaus eine Geheimstaltung während des Krieges ab auf Verlangen eines oppositionellen Abgeordneten, und zwar des Unterhausbürgers Deggé. Beraten wurde über die Verschaffungsvorlage. Bittere Wahrheiten muß dabei die Regierung geschlüssigt haben, dafür sprachen die Dinge, die sich vor dem Beginn der geheimen Verhandlungen ergeben. So mußte ein konservativer Antrag, die Wehrpflicht auf Irland auszudehnen, abgelehnt werden, da die Regierung dagegen einwandte, für jeden irischen Rekruten müßten sechs englische Soldaten gegen die entstehenden Unruhen darin gefordert werden. Und der ehemalige Marineminister Lampert führte aus, England habe im Jahre 1917 8 1/2 mal so viel Tonnage verloren als gebaut worden sei. Die Regierung mag so viel verborgen wie sie will, es wird ihr nicht gelingen, einen leeren Wagen vor dem Mann zu verbergen, der ihn besitzt.“

Sollten die Herren des Unterhauses doch etwas merken von den Wirkungen des U-Boot-Krieges, die Lloyd George nicht sieht und die nach ihm nur deutsche Erfindungen sind?

Französische Angst vor den amerikanischen Freunden.

W. Einmalige Erregung herrschte in der französischen Industrie, namentlich in der Schwerindustrie, wegen des Eindringens der Amerikaner in die Erzeugungsgebiete Frankreichs. Amerikanische Großausleute und Großindustrielle sind nach Frankreich gekommen, lediglich um dort Fabriken zu gründen. Erzeugnisse der Schwerindustrie, z. B. der Motorenbau, haben das besondere Interesse der Amerikaner. Französische Beteiligung an diesen Neugründungen lehnen die Amerikaner ab, sie verlangen nur von der Regierung Konzessionen für ihre Bläue.

Die französischen Unternehmer sind wegen all dieser Dinge in lebhafter Beunruhigung, und die drohende Konkurrenz treibt die nach einem Ausweg suchenden Gewerber zu dem immer lauter erkönigen Stolzleut: Gott bewahre uns vor unseren Freunden!

Der Generalsstreik in Österreich.

A. d. Berlin, 22. Januar.

Die letzten Tage haben Österreich-Ungarn in einer seltsamen Verfassung gegeben. In einer kleinen Munitionsfabrik der Wiener Neustadt brach ein Streik aus, weil die Arbeiter mit ihrer Lebensmittelversorgung unzufrieden waren. Ein an sich wenig aufregendes Vorfall ist in diesen Zeiten. Aber bald dehnte sich die Arbeitsniederlassung auf andere Wiener Werke, endlich über ganz Wien und große Teile von Österreich und Ungarn aus. Ancheinend handelt es sich überall um Ernährungsfragen, die ja im Mittelpunkt des Interesses standen, weil die Wehrmärsche mit fast österreichischer Möglichkeit herabgefahren waren. Als dann aber die Hunderttausend durch den Mund ihrer gewählten Vertreter zur Regierung sprachen, stellte es sich heraus, daß die Bewegung eine durchaus politische Grundlage hatte.

Die Forderungen der Arbeiter wurden laut: Annexionskloster, wenn irgend möglich allgemeiner Friede, der Anteil der Selbstversorger an der Nahrungsmitteleproduktion soll im Interesse der Allgemeinheit eingeschränkt, die Reform des Gemeindewahlrechts gefordert und die Militarisierung der Betriebe aufgehoben werden. Arbeiterschaft und große Teile des Bürgertums standen geklont, um diese Forderungen durchzusetzen, oder wenigstens entsprechende Erklärungen von der Regierung zu erlangen; die Wiener Kriegsindustrie ward stillgelegt, der Straßenbahnbetrieb eingestellt und sogar die Besucher des Opernhauses wurden zur Heimkehr gezwungen — die Vorstellung fiel aus. Die Zeitungen erzählen nicht.

Die Kundgebungen sind friedlich verlaufen und haben nach den vorliegenden Stimmen der Arbeiterschaft zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Regierung erklärte, daß Graf Czernin bestrebt sei, einen allgemeinen Frieden ohne Annexionsherbeizuführen, daß er von Blaustein kein Gebietsabtretung fordert und den Polen anheimgegeben werde, ihr Verhältnis zu Österreich-Ungarn selbst zu regeln. Die sozialdemokratische Forderung hinsichtlich der Ernährungsfragen soll erfüllt und die Demokratisierung des Gemeindewahlrechts mit dem Frauenwahlrecht durchgeführt, schließlich soll auch die Militarisierung der Betriebe und das Kriegsdienstleistungsgesetz aufgehoben werden. — Damit ist der Friede zwischen der Regierung und der gemäßigten Arbeiterschaft geschlossen.

Es handelt sich zumeist um innerösterreichische Dinge, die uns nur insofern interessieren, als sie die Stimmung bei unseren Bundesgenossen widerstreifen. Daneben aber sind doch auch Fragen mit den Kundgebungen und ihren Ursachen verknüpft worden, die unser Lebensinteresse betrifft. So wurde in den Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeitersführern heftige Kritik an dem Auftreten unserer militärischen Unterhändler in Brest-Litowsk geübt und die Meinung vertreten, es handle sich für Deutschland um die Durchsetzung verschleierter Annexionspläne, für die österreichisch-ungarischen Soldaten nicht weiterzukämpfen. Es ist möglich, demgegenüber auf die wiederholten Erklärungen unserer Staatsmänner zu verweisen.

Das Kabinett Seidler hat den Sturm beschworen, er bleibt im Amt, weil die Arbeiterschaft das Vertrauen hat, daß in diesen kritischen Tagen die äußere und innere Politik der Monarchie festgelegt worden ist. Das Ausland faßt sich, wenn es glaubt, daß die Völker Österreichs und Ungarns nicht entschlossen seien, den Verteidigungskrieg weiterzuführen. Nur der Begriff „Verteidigung“ ist einen Augenblick schwankend geworden. Wir aber in Deutschland erinnern uns, daß Graf Czernin vor nicht allzu langer Zeit im Reichstag erklärt hat: „Wenn mich jemand fragt, ob wir für Elsaß-Lothringen kämpfen, so antworte ich Ja.“ — Damals jubelte ihm Österreich und Ungarn zu. Hat sich die Lage verändert? Gewiß nicht. Wenn je ein Volk der Weltgleiche, so führt das Deutsche einen Verteidigungskrieg und sein Ausgang — das sollten auch die Radikalisten in Österreich nie vergessen — an der Westfront berührt das Lebensinteresse Österreich-Ungarns wie das untrügt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Österreich im Hauptausschuss.

Berlin, 22. Jan. Im Hauptausschuss des Reichstages beantragte W. Graber die Auslegung der Verträge, bis Verteilung über die Vorgänge in Österreich gegeben werden könne. Staatssekretär Wallot schlug vor, die Vorgänge in Österreich erst im Anschluß an die Rede des Reichskanzlers am Donnerstag zu behandeln. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

* Die politische Aussprache im Hauptausschuss des Reichstages wird nach einer Vereinbarung zwischen der Reichsleitung und den Verteilern wahrscheinlich am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Mit der lange ungeliebten Rede des Reichskanzlers rechnet man für diesen ersten Tag der Verhandlungen. Herr von Schleicher, der für die Dauer der Verhandlungspause in Brest nach Berlin zurücksgekehrt ist, soll die Ansicht haben, sich mit den Verteilern über die Aussichten und bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen zu unterhalten. Möglichweise wird er auch im Hauptausschuss erscheinen.

* Bei der Reichstagswahlauswahl im Wahlkreis Payer (W. Württembergischer Reichstagswahlkreis) Neutingen-Söllingen-Tübingen fielen auf den Kandidaten der sozialdemokratischen Volkspartei, Landtagsabgeordneten B. Schles. Notar Schneid (Tübingen) bei 16 880 Wahlberechtigten 4421 Stimmen. Die Nationalliberalen, die Konservativen, der Bund der Landwirte und das Bentreum hatten ihren Wähler unter Wahrung des Verteilungswahlberechtigten empfohlen. Die Sozialdemokratie hatte die Wahl neu gegeben.

* Im preußischen Abgeordnetenhaus gelangten Dienstag Anträge aus dem Hause zur Verhandlung, so u. a. über die Vorschulen bei höheren Schulen. Gefordert wird die Abschaffung des Abstandes, daß die Vorschüler bei der Aufnahme in die höheren Schulen besser geführt werden als die Schüler aus Vorschulen. Ein etwas abgeschwächter Ausschluß-Antrag wird angenommen. Weitere Anträge über die Begründung eines Schiffsbefreiungsinstituts und über Regelung des Halbtimerwesens gelangten zur Verhandlung.

* Die Erfassung der Kriegsgewinne beschäftigte den Hauptausschuss des Reichstages eingesetzten Untersuchungsausschuss. Ausgeblendet handelte es sich um die Kriegs-

gewinne der Exporteure. In der Befreiung stellte Unterstaatssekretär Dr. Göppert die Übereinstimmung dar, über das, daß die Kriegsgewinne möglichst für das Reich in Anspruch genommen werden sollen. Ein Vertreter des preußischen Handelsministeriums sprach über die Höhe der Kohlenausfuhr und die dabei entstehenden Einnahmen und Gewinne. Ein Befürwortungsantrag auf schwere Erfassung dieser Kriegsgewinne wurde angenommen.

Die Landfrauen-Tagung in Berlin war aus allen Zeiten des Reiches gut besucht. Präsident v. Waldbow dankte dankbar der stillen, tapferen Landfrauenarbeit. Es gelte jetzt die Zusammenfassung aller Kräfte zur letzten Anstrengung. Unterstaatssekretär Müller wies darauf hin, daß für den Ausgang des Krieges die Durchführung der Volksnährung von entscheidender Bedeutung sei. Wenn der Hungerfrieden vermieden werden soll, so müssen alle ganz gleichmäßig, Erzeuger und Verbraucher, sich Einschränkungen auferlegen. Es folgten Vorträge über Ernährungsfragen, über die dann die Landfrauen in ihrem Heimat sprechen sollen.

Österreich-Ungarn.

Bei dem Wiederzusammensetzen des österreichischen Abgeordnetenhauses gaben die deutsch-nationalen Abgeordneten Böhmen die Erklärung ab, sie wünschten die Loslösung der deutschen Teile des Königreichs Böhmen und die Vereinigung dieser Teile zu einer selbständigen österreichischen Provinz "Deutschböhmen". — Damit wird eine alte Forderung erneuert, die von den Deutsch-Nationalen wiederholt gestellt wurde, von den Tschechen aber immer belämpft worden ist.

Frankreich.

Der Streit für und wider Gailloux nimmt immer leidenschaftlichere Formen an. Die Blätter der Rechten beschwören Clemenceau einzuladen, und es hat den Anschein, daß Clemenceau tatsächlich entschlossen ist, der Untersuchung eine Wendung zu geben, die Gailloux günstig ist. Im übrigen bleibt bestehen, daß die Nationalisten noch immer gegen Gailloux schützen, daß sie anderseits aber seine Entführungen fürchten.

Großbritannien.

Die Lebensmittelkrise in England, die die Regierung vergeblich zu beschönigen sucht, macht sich mit jedem Tage schwerer bemerkbar. Die Sitzungen bringen Berichterstattungen, aus denen hervorgeht, daß man nicht nur die deutsch-österreichisch-ungarische Offensive und die Blockadeierung des Landes, sondern mehr noch die immer deutlicher auffliegende Gefahr einer Hungersnot fürchtet. Dazu kommt, daß weite Arbeiterkreise mit dem neuen Ausbeutungsgesetz unzufrieden sind. Sie drohen mit dem Generalstreik, falls bis zum 31. Januar das Gesetz nicht zurückgesetzt wird. — In Manchester ist bereits der Generalstreik verkündet worden. Die Arbeiter verlangen Ernährungsrationierung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 22. Jan. Auf Grund des Artikels 8 der Verfassung des Deutschen Reichs ist der Begräflid. des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. Friedl zum Bevollmächtigten Brechens zum Bundesrat ernannt worden.

Berlin, 22. Jan. General v. Löwenfeld, der stellvertretende Kommandierende des Garde-Korps, wurde der Deutschen Zeitung aufgezeigt, zur Disposition gestellt. Als Nachfolger ist General v. Richthofen bestimmt.

Wien, 22. Jan. Minister des Äußeren Graf Czernin ist gestern abends aus Brest-Litowsk eingetroffen.

Konstantinopel, 22. Jan. Die Aufhebung des Belegerungszustandes wird von der türkischen Presse mit großer Genugtuung beprochen.

Stockholm, 22. Jan. Die früheren Mitglieder des Kabinets Kerenski Tschingarew und Sokoloff sind im Petersburger Marinehospital von eindringenden Bewaffneten ermordet worden. Auf den Volkskommissar Uritki wurde ein Attentat verübt. Uritki wurde am Ober verletzt.

Bern, 22. Jan. Ein Erlass des italienischen Reichsverwalters ordnet einen großen Präfektenwechsel an.

Bern, 22. Jan. Wie der "Tempo" aus Tokio berichtet, soll in Peking am 12. Januar ein Vertrag unterzeichnet werden, nach dem Japan sich verpflichtet, China Waffen im Werte von 14 Millionen Pfund Sterling zu liefern.

Paris, 22. Jan. Der Senat ist als Ausnahmegerichtshof zusammengetreten, um über den früheren Minister des Innern Malvy zu urteilen.

Tokio, 22. Jan. Eine britische Kreditlinie von 100 Millionen Pfund in Japan untergebracht werden.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 23. Januar 1918.

* Befehlswesel Otto Großmann von hier wurde zum Leutnant befördert.

* Mit dem Neuen der Schornsteine wird am kommenden Freitag im Stadtbezirk begonnen.

* Zum Geburtstage des Kaisers wird wie alljährlich auch eine kirchliche Feier veranstaltet. Beim Festgottesdienst am Vormittag wird der Kirchenchor mitwirken und bei der Schulfest am Nachmittage werden Ansprachen gehalten und Diktationen zum Vortrage gelangen.

* Der Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau ist zum 1. Mai ds. Jrs. nach Kassel einberufen.

* (Hauschaltungsschweine.) Bezugnehmend auf die Bekanntmachung der Abschaltung der Schweine im Kreisblatt, sowie aus Anlaß der vielfach ergangenen Anfragen wird darauf aufmerksam gemacht, daß nicht die Absicht besteht, die Selbstversorgung mit Schweinen, wo sie schon bisher herkömmlich war oder wo sie während des Krieges in sachgemäßer Weise und mit erlaubten Futtermitteln eingeführt worden ist, einzuschränken. Es sind deshalb den herkömmlichen Selbstversorgern für Zwecke der nächstjährigen Hauschaltung (1918/19) schon jetzt ein oder zwei Hefel oder ein leichtes Räusperschwein zu belassen. Die Anzahl ergibt sich aus dem nachzuweisenden Bedarf der Haushaltung. Welche Tiere dem herkömmlichen Selbstversorger zu belassen sind, ist nach der Anzahl der vorhandenen Tiere zu bestimmen. Als Regel gilt, daß nicht schwerere Schweine zu belassen sind, als von etwa 30 Pf. Lebendgewicht. Ist der Selbstversorger im Besitz von schwereren Schweinen, so sind diese dem Kreise für die Allgemeinheit bis zum 6. Februar

anzuliefern und es ist den Selbstversorgern anheim zu stellen zum Zwecke ihrer Hauschaltung im Spätherbst Hefel einzulegen. Den Selbstversorgern, die erst 1919 wieder schlachten werden, brauchen keine jungen Tiere belassen zu werden, da sie nach dem 15. Januar geborene Hefel einzulegen können.

* Wie die "Kölner Zeitung" zuverlässig aus Berlin hört, ist die Einführung einer Erlandschaftsteilung für die Veranstaltung von Lichtspielen schon für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf wird in nächster Zeit dem Reichstag zugehen.

* Ein selten stimmungsvolles Plakat, das in unaufläufiger, aber eindringlicher Art unsre Blicke auf sich lenkt, fordert zu den Kaiser-Geburtstagsspende für Soldaten- und Marineheimen an der Front auf. Die seine Steinzeichnung rückt uns in passender Weise den ganzen Wert dieser Zufluchtsstätten für unser Heer vor Augen. Stellen wir uns vor, diese müden, gebrochenen Gestalten, die durch den tiefen Schnee stolpern, sind tagelang ohne jede Erholung bei Kälte und Sturm in der vordersten Feuerstellung gewesen. Am Ende ihrer Kräfte angelangt, erreicht sie der Befehl, sich in Ruhestellung zu begeben. Was ist's das ihren schon gesunkenen Mut, ihre ermatteten Kräfte von neuem belebt. Es ist das Vertrauen, im nahen Soldatenheim, das selbst bis in die gefährliche Kampfzone zu ihnen gekommen ist, nicht nur Wärme, Behagen, bessere Nahrung zu finden, sondern vor allem Menschen, die sie aufnehmen, wie Liebe, langentbehrte Gäste, und deren liebvollem Bemühen es gelingt, sie für dieindrücke eines friedlichen Daseins wieder empfänglich zu machen.

* Bezirk. Die Verhaftungen von Personen, welche an den Diebstählen in der ganzen Umgegend beteiligt sind, nimmt ihren Fortgang. Eine Haussuchung bei dem Arbeiter Dampfmann hier brachte die überraschende Tatsache, daß man in ihm den Täter des bei der Vorfahrt des Bärtel. Fraueneins vor längerer Zeit verübten Einbruchs vor sich hat. Weiter wurde der Maurer Albert Wehr hier verhaftet. Daß der verhaftete Wirt Häbel in Kirchen das Haupt der Diebesbande gewesen ist, geht mehr und mehr aus allen Feststellungen her vor. Die Befreiten haben mit den Feststellungen alle Hände voll zu tun und die Polizei kann jetzt mit Erfolg einen Blick in manche sonst ganz bieder aussehende Verhauptung tun. Auf die weiteren Feststellungen darf man gespannt sein; jedenfalls geht jetzt schon ein Zug der Erleichterung durchs Land, daß es endlich gelungen ist, dem Gaunerum beizukommen.

* Minden. Die Verfehlungen des Regierungsrats Dr. Brenneke von hier, der in Braunschweig bei einem Juwelendiebstahl verhaftet wurde, erfahren eine grelle Beleuchtung durch eine Aussprache in der Gütersloher Stadtverordnetenversammlung. Auf eine Anfrage des Stadtverordnetenvorstehers Wolf erklärte Stadtrat Marten, daß im April die Sparasse Gütersloh durch den Regierungsrat Dr. Brenneke aus Minden revidiert wurde. Zwei Monate später sei festgestellt worden, daß ein Zinscheinkonto über eine Reichsschulanziehung von 20 000 Mark fehlt. Bei der kürzlich in Braunschweig erfolgten Verhaftung des Regierungsrat Dr. Brenneke habe dieser eingestanden, daß er den Zinscheinkonto in Gütersloh gestohlen habe. Die Sparasse habe das Wertpapier wiedererhalten, fünf Zinscheine für 2250 M. habe Dr. Brenneke aber bereits verwertet gehabt. Der Verlust der Sparasse sei inzwischen aus dem Vermögen des Regierungsrats gedeckt worden. Stadtverordnetenvorsteher Wolf bemerkte, daß durch den unerhörten Vertrauensbruch des Regierungsrats Unschuldige in den schmählichen Verdacht der Uterschlagung kommen mußten.

* Köln. Der bekannte Zentrumspolitiker und Journalist Justizrat Dr. Julius Bachem ist im Alter von 72 Jahren nach kurzer Krankheit gestorben.

* Eine Spende des Kaisers für die Überschwemmten. Der Kaiser hat in einem Telegramm an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Freiburg von Rheinbaden seine Anteilnahme an dem Unglück, den das Hochwasser der Aare über zahlreiche Familien gebracht hat, ausgedrückt und zur Linderung der ersten Not 50 000 Mark gespendet.

* Schwedes Flugzeugunglück. Wie aus Ujvide in Ungarn gemeldet wird, unterbrach der Fliegerwachtmeister Michael Kib mit seinem Flugzeug vom Militärflugplatz in Ujvide einen Ausflug in seine nahegelegene Heimatgemeinde Tisza-Tisvansalva. Seine Ankunft wurde von den Dorfbewohnern erwartet. Unmittelbar vor dem Abstieg trat Motorischen ein, und die Maschine stürzte in die neuzeitige Menge. Sechs Personen wurden getötet, vier schwer verletzt, auch der Flieger.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich)

23. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Hast an der ganzen flandrischen Front vor am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich von der Scarpe lebte die Gefechtstätigkeit wieder auf.

Bei St. Quentin wurden bei erfolgreicher Durchführung zahlreicher Erfundungen Gefangene eingeschlagen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich von Soulain und nordöstlich von Avoourt folgten nach starker Feuerwirkung französische Vorstöße.

In heftigen Kämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Einzelne Infanterie-Abteilungen drangen

östlich von Malancourt in die feindl. Gräben und lehrten mit einer Anzahl Gefangenen zurück.

Wischen Beaumont und Ornes nahm die Artillerie-Tätigkeit am Abend zu.

Deutlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonischen Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Zu beiden Seiten der Brenta Artillerie-Schlampf. Der Erste Generalquartiermeister: Budendorff.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk bedroht.

Berlin, 23. Jan. (D) In parlamentarischen Kreisen wurde, wie der "Lokal-Anzeiger" berichtet, gestern abend die Lage in Russland als recht kritisch angesehen. Diese Ansicht gründet sich auf die Meldung, daß die letzten Petersburger Nachrichten kaum noch einen Zweifel an der ernsten Bedrohung des bolschewistischen Regiments lassen, daß seine Nachhaber jedenfalls in diesen Tagen alles daran setzen müssen, um sich ihrer inneren Feinde zu erwehren und daß sie deshalb keine Zeit haben, um Dinge von so weitgeschichtlicher Bedeutung wie den Friedensschluß mit den Zentralmächten zu betreiben. Abgesehen davon müßte die Frage entstehen, ob weiteres Verhandeln mit Männern, die persönlich ebenso wie das Land, dessen Sprache sie sprechen, von der entfesselten Anarchie, jedem Augenblick verschlungen werden können, irgendwelche Bürgschaft bietet. In parlamentarischen Kreisen hörte man deshalb die Meinung aussprechen, daß eine Rückwirkung der Petersburger Vorgänge auf die Verhandlungen in Brest-Litowsk innehin in Rechnung zu stellen ist.

Stockholm, 23. Jan. (D) Ein Erlass der Volkskommissare wendet sich gegen die Erhebung in der Hauptstadt, wo die Bolschewiki augenblicklich nicht über ausreichende Kräfte verfügen. Es wird angenommen, daß die Petersburger Regimenter den Bolschewiki nicht mehr blindlings ergeben sind, sondern sich bei einem neu aufläufigen Bürgerkrieg neutral erklären werden. Die Bolschewiki trafen Gegenmaßnahmen durch Heranziehung ergebener Matrosen und finnischer Truppen sowie durch Verstärkung der lettischen Schäffschülen. Bedenklich ist auch die tägliche Verschärfung der Lebensmittelkrise. Die "Braava" behauptet, daß Jilento, Savinkow und Sterenski sich zur Organisation einer neuen Umlösung in Petersburg befinden.

Die österreichische Heeresleitung solidarisch mit dem Grafen Czernin.

Wien, 23. Jan. (D) Der Kriegsberichterstatter der "Arbeiterzeitung" wurde vom Chef des Generalstabes empfangen. Dieser erklärte ihm, er verstehe die Aufruhr der Massen und ihre Sehnsucht nach dem Frieden. General Arz fuhr fort: Ich kann aufs bestimmteste versichern, daß es in unseren Reihen ebenso wenige wie in den Reihen der Regierung gibt, die das Friedenswerk verzögern möchten. Niemand denkt an Eroberungen und Annexionen. Im Osten gibt es Schwierigkeiten technischer Natur, deren Behebung einige Geduld erfordert. Die Nähmung der besetzten Gebiete zum Beispiel ist eine Sache, die sehr genau erwogen werden muß. Es besteht für diese Gebiete, wenn sie beiderseits von Truppen entblößt werden, wirklich Gefahr. Auch bedeutet der heutige Zustand der russischen Armee keine Gefahr, daß sich Horden von ihr absplittieren und auf eigene Faust die verlassenen Gebiete befreien und dort wie Marodeure schalten. Dazu kommt auch, daß wir sehr bedeutende Summen und Werte in diesen Gegenenden infestiert. Wir haben dort auch große Brachgelände unter Anbau genommen und unsere Ernährung ist zum größten Teile auf die besetzten Gebiete angewiesen. Ich zweifle nicht, daß es gelingen wird, hierüber zu einer Einigung zu kommen. Der gute Wille ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Schwierigkeiten sind nicht unüberwindliche.

Englische Verhandlungen mit der Türkei?

Ugano, 23. Jan. (D) Die hier eingetroffenen italienischen Blätter sprechen die Vermutung aus, daß der gestern in Genf eingetroffene Lord Robert Cecil mit der Türkei in Verhandlungen treten werde.

für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Böd.

Beauftragungen der städtischen Verwaltung.

Hauschaltungen.

Von der Vorschrift, daß Hauschaltungen nach dem 31. Januar 1918 nicht mehr zulässig sind, kann zwar der Kommunalverband Ausnahmen zulassen, nach einer hier eingegangenen Anordnung höheren Ortes kann dies aber nur in Fällen ganz besonderer Not (als Beispiel ist Salzmangel angegeben) erfolgen. Die geringe Schwere des Falles rechtfertigt demnach einen Ausnahmeantrag nicht.

Alle mit der geringen Schwere der Fälle begründeten Anträge auf Verlängerung der Schlachterlaubnis müssen danach abgelehnt werden, was hiermit geschieht. Den Antragstellern geht ein weiterer Bescheid nicht zu.

Dillenburg, den 21. Januar 1918.

Der Königl. Landrat.

Wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Herborn, den 23. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die heutige statigfondene Holzversteigerung wird hiermit genehmigt.
Herborn, den 23. Januar 1918.
Der Magistrat: Birkendahl

Holzabfuhr betre.

Mit Rücksicht auf die vielen Holzbiebstähle werden alle Holzhäuser aufgefordert, das im Stadtwald gefallene Holz binnen 14 Tagen zu bezahlen und abfahren zu lassen.

Leider das bis zum 5. Februar nicht bezahlte und abgefahrene Holz wird anderweitig verfügt.

Herborn, den 21. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl

Um die abhängige Zahlung des am 10. Januar fälligen 2. Schichtes der Befestigten wird erinnert.

Herborn, den 21. Januar 1918.

Die Stadtkafe.



Deutsches Soldatenheim an der Front

Die Nacht bricht herein,
Der Wind weht so salt,
Die Bönen beugt er
Mit wuchtiger Gewalt.

Der Schne häuft sich doch —
Sie stampfen daher —
O, wenn doch der Weg
Zu Ende schon wär!

Da, endlich ein Licht
Rum Ruhe und Rast —
Die Heimat spricht lorgend:
„Tritt ein, lieber Gast.“

Elly Vogel

Deutschland
Deutsches Soldatenheim an der Front

Zu den Festveranstaltungen zum

Geburtstage Sr. Maj. des Kaisers,
am Sonntag, den 27. Januar, werden alle Gemeindemitglieder, insbesondere die Schöffen und Vereine, eingeladen.

10 Uhr: Festgottesdienst,
2 Uhr: Schulfeier für die Volksschule
in der Kirche.

Herborn, 23. Januar 1918.

Nameus des Kirchenvorstandes:
Hausen, Detm.

Erkundigung.

Die Zwangsversteigerungstermine von Grundstücken in Fleißbach am 24. Januar 1918 finden nicht statt.

Herborn, den 22. Januar 1918.
Königl. Amtsgericht

Versteigerung.

Die Erben des verstorbenen Johann Jakob Ernst von Bellstein lassen ihre Gebäude, Wohnhaus, Scheuer, Ställungen mit Gärten am 9. Februar abends 9 Uhr auf dem Gemeindezettel zu Bellstein freiwillig versteigern.

Lichtspiel-Theater (Sammlung Mehler) Herborn.
Sonntag, den 27. Januar, kommt der große Kultursfilm
„Es werde Licht“, in 5 Akten,
zur Aufführung.

An die Schuhmacher des Kreises.

Ersatz-Schuh-Unterrichtskursus.

Auf behördliche Veranlassung findet in der Woche vom 28. Jan. bis 2. Febr. 1918 von 9—12 und 2—5 Uhr zu Dillenburg im Saale Thier für alle Beruf-Schuhmacher des Kreises statt (Bei unbegründeter Nichtteilnahme erfolgt keine Zuweisung von Leder und Rohmaterialien). Es haben sich zu beteiligen die Schuhmacher

A. des früheren Amtes Dillenburg (mit Ausnahme der unter C genannten Orte) am 28. und 29. Januar.

B. des früheren Amtes Herborn am 30. und 31. Januar.

C. aus Haiger, Allendorf, Hellerborn, Flammersbach, Gusternbach, Haigerseelbach, Heisterberg, Langenaubach, Niederroßbach, Oberroßbach, Offenbach, Rösenheid, Niederschleidbach, Steinbach, Waldaubach, Weidelsbach am 1. und 2. Februar.

Witzbringen sind Werkzeuge, Wachs und Glaspapier, eiserner Dreifuss und Schuhe zur Instandsetzung mit Ersatz sohlen.

Die Kreisbekleidungsstelle.

Werkstättzimmer: Wilhelmstr. 1, IV (Ferrus 55)

Obersförsterei Driedorf.

Dienstag, den 29. d. Mts. kommen in der Wirtschaft Reuter zu Roth aus dem District Eltville von 11 Uhr ab zum Verkauf: Buchen 570 Rm. Scheit, 57 Rm. Knüppel, 134 Rm. Reisertknoedl; anderes Laubholz 8 Rm. Knüppel.

Sehr gute Verpflegung

finden Schüler im Schülerheim
Pädagogium Glesse (Ob.-Hessen)

Suche zum 1. Februar ein
tüchtiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Haushalt und
in jünger

Mädchen

für Küche und Haushalt.

Frau Heinr. Behr,

Großhof 1, Böbendorf.

Netphen, Sieg

Ein

Mädchen

für Küche und Haushalt und
in jünger

Hausmutter

gesucht

Gießen. Hotel Leni

Suche pr. 1 Februar

2 bis 3 Zimmer

nebst Küche evtl. mobilisiert.

Frau Dr. Seeba,

Kollegstr. 18

Suche nach Bad Gmb zu
vollständigem Eintritt ein älteres

Mädchen

für Küche und Haushalt und
ein

Zweitmädchen.

Angebote mit Gewandsch

chriften und Bild an

Frau San.-Pat Müller,

Bad Ems,

Haus Schönbrunn

Ein Schuhmachergeselle

und ein Lehrling

gesucht.

Karl Verteidmann,

Schuhmachermeister,

Herborn, Hauptstr. 69.

Conpée od. Halbverdeck

auch älteres zu kaufen gesucht

Angebote mit Preisangabe an

Pfarrer Thielner,

Siegen.

Am 15. Februar beginnt

ein neuer

Näh- und Zuschniede-

Kursus.

Anmeldungen werden entgegengenommen von

Johanna Georg,

ab dem ausgebild Schneidern,

Herborn, Bürgerlandstr. 18.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen innigstgeliebten Mann, unseren treuen Vater, Grossvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, Herrn

Schreinermeister

Adolf Nies

nach langem schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden heute nachmittag um 1½ Uhr im 72. Lebensjahr zu sich zu rufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Elise Nies, geb. Metzler.

Herborn, den 22. Januar 1918.

Die Beerdigung findet Freitag, den 25. d. Mts. nachmittags 3 Uhr statt.

Todes-Anzeige.

Heute abend 7 Uhr entschlief nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwager und Grossvater, Herr

Kgl. Lademeister a. D.

August Hofmann,

Inhaber des Allgemeinen Ehrenzeichens, im Alter von 81 Jahren.

Dies zeigt schmerzerfüllt um stille Teilnahme bittend an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Sinn, Aschaffenburg, Roth, Gustavsburg, Wetter (Ruhr), Klein-Linden,

den 22. Januar 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute Morgen 3½ Uhr entschlief sanft in getrostem Glauben an seinen Herrn und Heiland unser lieber Vater, Schwiegervater und Grossvater

der Wirkliche Geheime Oberkonsistorialrat,
Generalsuperintendent a. D.

D. theol. Heinrich Maurer,

Ritter hoher Orden,

im 84. Lebensjahr.

In tiefer Trauer:

Paul Maurer, Major u. Kommandeur des Ersatzbataillons im Inf.-Regt. 70 und Frau Luise, geb. Ott Dekan Fremdt und Frau Ella, geb. Maurer Pfarrer Thiel und Frau Lina, geb. Maurer und 8 Enkel.

Wiesbaden, Saarbrücken, Langenschwalbach, Geisenheim, den 22. Januar 1918.

Die Trauerfeier findet Freitag, den 25. Januar, vorm. 11 Uhr in der Stadtkirche statt, im Anschluss daran die Beisetzung auf dem Stadtfriedhof.